

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Wiederholung jeden Werktag abends. Ausgabezeit: Bei Abfertigung ist der Frankenberger Tageblatt verhandelt 15 M., bei Belebung durch Post ab 18 Uhr bis 19.00 M., nach den Samstagen, ebenso alle Dienste bei beständigen Verhandlungen 20 M. bei 100 M. Mindest 80 M., mit Umlauf 1 M. Geschäftszettel: zwischen den Tagen und Feiertagen ist nicht zu verhandeln, außer von den Tagen und Feiertagen in Stadt und Land, welche von dem Postamt ausgewiesen sind. Postamt: 240/24801. Gemeindebegleitpost: Frankenberg 2. Herausgeber: 11. Telegrame: Tagblatt Frankenberger Post.

Wiederholung: Alle 10 min. Stelle einschließlich Zeitung 2.50 M., im zweiten Teil des 12. min. Stelle 10 M. Einzelhandel nach Meldezeit der Arbeitsschule bis 12 min. Stelle 7.50 M. Nicht Meldezeit sind bei Briefpost zu bezahlen. Die Postamt und Meldezeit 2 M. Sonderabgabe: Nichtmelde-Schulter u. bei Transportposten Rücksicht. Bei geöffneten Aufstellern und im Wiederkäuferschrank Erhaltung nach schließender Stelle.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Altenburg, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa. Herausgeber, Redaktion und Verlag: C. G. Rohrbach (Inhaber Ernst Rohrbach jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg.

Nr. 80

Dienstag den 4. April 1922 nachmittags

81. Jahrgang

Rückkehrend wird der 12. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadtgemeinde Frankenberg vom 18. Mai 1915 zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Frankenberg i. Sa., am 1. April 1922.

Der Stadtrat.

12. Nachtrag

zur Gemeindesteuerordnung für die Stadtgemeinde Frankenberg

vom 18. Mai 1915.

In § 8 der Gemeindesteuerordnung tritt an die Stelle des zweiten Satzes der folgende Satz:
Sie betrifft 5 vom Tausend des gemeinen Wertes.

In § 30 der Gemeindesteuerordnung wird die Zahl 200 durch die Zahl 2000 ersetzt.

Dieser Nachtrag tritt zu I mit Wirkung vom 1. Oktober 1921, zu II mit einer Verbindung in Kraft.
Frankenberg i. Sa., am 2. November 1921.

(2. S.) Der Stadtrat.
II. S. 0. 12. Dr. Jämer.

(2. S.) Die Stadtverordneten.
Dr. Schumann.

Genehmigt
auf Widerruf, längstens bis 31. März 1922.

Chemnitz, am 21. Januar 1922.
II. S. 0. 12a. Die Kreishauptmannschaft.
(Stempel) J. V. Dr. Seydel.

Von dem Genehmigungsvermerk der Kreishauptmannschaft vom 21. Januar 1922 werden unter Zustimmung des Kreisausschusses die Worte: „Auf Widerruf, längstens bis 31. März 1922“ gestrichen.
Chemnitz, am 22. März 1922.
(2. S.) Die Kreishauptmannschaft.
(ges.) Koch.

Allgem. Ortskrankenkasse Niederwiesa

Ausschuß-Sitzung am 12. April 1922 abends 1/2 M.

im Restaurant „Friedenseck“ (Anstalt) Niederwiesa.

Tages-Deklaration: 1. Ablegung der Jahresrechnung für 1921 und Abschließung derselben. 2. Erhöhung der Beiträge. 3. Kauf eines Hausrundstückes zur Unterbringung der Geschäftsräume. 4. Haushaltsgespräche.

Um plünftliches Erstellen der gewählten Vertreter ersucht der Vorstand. Ernst Danner, Vor-

Gemeinde-Verbands-Sparkasse Niederwiesa

Zweigstelle Brannsdorf

geöffnet jeden Mittwoch nachmittags von 3—5 Uhr

Das Wichtigste vom Tage

Die englische Regierung kann für das große, bereits nach England überführte Adler-Schiff, ebenso wenig einen Käufer finden, wie für das noch in Hamburg befindliche Nielen-Schiff, so daß die beiden Docks, die als Ertrag für die vorliegende Kriegsflotte gefordert worden sind, unbewußt verloren gehen. Es zeigt sich hier an einem neuen Fall, wie verachtet es ist, zu glauben, daß man die eigene Wirtschaft dadurch bedenken kann, daß man die des Konkurrenten schädigt.

Zum deutschen Geschehen in Athen ist der bisherige Gesandtschaftsrat in Würzburg und vormalige Gesandtschaftsrat bei der österreichischen Gesandtschaft in Berlin v. Schön ernannt worden. Die Berichte Schöns, der in den frühen Tagen nach dem Mord von Sarajevo den österreichischen Verlust vertrat und bekanntlich durch Ehner in entsetzlicher Form veröffentlicht worden und haben infolge dieser Höchstung viel dazu beigetragen, um die Legende von der Allmächtigkeit Deutschlands am Anfang in der Welt zu verbreiten.

Das Umlohnerefahren für das nächste Frühjahr bildete den Gegenstand zweier Demonstrationssitzungen in Oldenburg. Während die Versammlung des Oldenburger Landtages, des ehemaligen Bundes der Landwirte, eine Entschließung gegen das Verfahren annahm, forderten die Bergbaureorganisationen Schutz gegen die Kreisverwaltung, die Verbehaftung des Verbrauchs für Brotdreiecke und seine Ausdehnung auf die Kartoffeln.

Wie die Warschauer Blätter melden, soll die Zahl der Arbeitslosen in Polen 200.000 Personen betragen. Dies bedeutet gegenüber dem Februar eine Ziegerung von 75 Prozent. Ferner berichten die Blätter, daß die polnische Regierung erhebliche Beamtenentlassungen vorgenommen hat.

Der große Bergarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten, dessen Überreste auf Kanada in bedrohliche Nähe gerückt ist, hat 2000 Gruben stillgelegt. Über 483.000 Bergleute streiken, der Börserausfall wird auf 1½ Millionen, der Lohnausfall auf 12 Millionen Goldmark täglich geschätzt.

Dem griechischen Ministerpräsidenten Gunaris, der das Amt wieder übernommen hatte, weil ein Nachfolger ihn nicht finden wollte, ist von der Kammer mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum ausgeschlossen worden. Er hatte dieses Vertrauensvotum verlangt, weil die auf den Pariser Orientkongress festgestellten Grenzregulierungen die Kammer und das Land empölt hatten.

Heimatreue

Von Albert Viebold (Leipzig).

Wertbewußtsein und Werturteile wechseln mit der Zeit und den Verhältnissen. Althlos, in Althlos durch allerlei Vorgänge erzeugt, wohin wirft mancher das Heimatreue, wonach später seine ganze Sehnsucht schreit. Möchten das alle bedenken, die jetzt den Staub ihrer verschwundenen Heimat leichten von den Füßen schütteln und in der Ferne nach erträumten Paradiesen suchen. Der Gedanke der Auswanderung geht wie ein ver-

Besprechungen der Sowjet-Betreter für Genau mit der Reichsregierung

Die russische Abordnung für Genau hielt wie schon gemeldet, am Sonntag in der Reichshauptstadt, wo sie am Sonntag eingetroffen ist, eine Reihe Besprechungen ab. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um eine Orientierung der Delegation über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Nach einem aus Moskau eingelaufenen Berichtspruch soll Stalin im Laufe des Sonntags in Berlin eintreffen und im Laufe des Nachmittags mit der deutschen Reichsregierung zusammenkommen. Was den Gesprächen beteiligter Kreise war zu entnehmen, daß Stalin der deutschen Regierung neue Vorholde unterbreiten werde, um in Genau gewisse Wirtschaftsfragen auf gemeinsamer Basis zu behandeln.

Wie verlautet war die russische Abordnung vom Außenminister Dr. Rathenau für Montag mittag zum Frühstück eingeladen worden. Außer den Mitgliedern der russischen Delegation Tschitscherin, Litwinow, Rakowski, Radet und einigen anderen Herren nahmen auch einige Parlamentarier wie Professor Hochsch, Freiherr v. Rheinbaben, Dr. Weizsäcker sowie einige Herren der Industrie, Dr. Ratzenbichler und der Bankier Mendelsohn an dem Frühstück teil. Die Delegation wird wahrscheinlich am Dienstag, spätestens Mittwoch Verhandlungen mit dem Gesandtschaftsgebäude des Sowjetvertreters übergeben.

In Übereinstimmung mit einem Beschuß des Reichskabinetts hat der Minister des Innern Dr. Rathenau die Berliner Sowjetvertretung das russische Gesandtschaftsgebäude unter den Linden wieder zur Verfügung gestellt. Die Abordnungen des Russischen Botschafts in Petersburg, sowie die Unterbringung der deutschen Vertretung in Moskau werden zwischen der Berliner Sowjetvertretung und dem Auswärtigen Amt geregelt werden.

Das Gebäude ist Privatbesitz der russischen Kaiserfamilie, die es seit Jahrzehnten ihrer Berliner diplomatischen Vertretung eingerichtet. Die Sowjetregierung hatte schon wiederholt an die deutsche Regierung das Schreiben um Überlassung des Gebäudes gerichtet. Die Reichsregierung hatte jedoch, gestützt auf juristische Gutachten, bisher die Ansprüche der Sowjetregierung als ungültig abgelehnt. Welche Gründe jetzt maßgebend gewesen sind, von dem bisherigen Grundsatz abzuweichen, ist uns nicht bekannt. Vielleicht ist es die peinlich empfundene Nachfrage gewesen; denn die Berliner holzschwärzliche Vertretung hält, was nicht allgemein bekannt sein dürfte, nicht weniger als 400 Köpfe. Die Reichsfrage bleibt damit aber nach wie vor ungelöst. Im übrigen dürfte die Entscheidung des Reichskabinetts als Vorläufer der Anerkennung der Sowjetregierung angesehen werden.

Allerlei Beschwerden zum Reichspostamt

Bei der Beratung des Reichspostamtes am 3. April im Hauptsaal des Reichstages, brachte der Zentrumsabgeordnete Koch eine Reihe von Wünschen der unteren Beamten zur Sprache, der Mehrheitsabgeordnete Steinkepf führte Sache an, in denen höhere Beamte ihre Dienstreisen zu Vergnügungszwecken ausgenutzt hätten. Der Unabhängige Zubei lobte dabei, daß die Postverwaltung ihre Beamten despichern lasse. Der Demokrat Koch führte aus, daß der Ausschluß der Sonntagsbefestellung in Bayern eine schwere Belastigung der bayerischen Industrie und des bayerischen Handels gegenüber den Bezirken bedeute, wo am Sonntag befestelt werde. Daß der bayerische Landtag sich gegen die Sonntagsbefestzung ausgesprochen habe, könne nicht maßgebend sein, da die Entscheidung beim Reiche steht. Der Reichspostminister stimmte dem Abg. Koch zu, führte aber aus, daß schon bei Übernahme der bayerischen Post aus das Reich die Sonntagsbefestzung bereits abgehaßt gewesen sei. Gegenüber einer Anregung des Zentrumsabgeordneten Schreiber, den Wetterdienst auszudehnen, wendete der Minister ein, daß schon die gegenwärtige Errichtung 45 Millionen Mark koste, denen eine Entschädigung von nur 1½ Millionen gegenüberstehe. Auf eine Reihe von Einzelwünschen erwiderte der Staatssekretär Teule, Auseinandersetzung würde der Postverwaltung erheblich beschäftigt, wenn die Frage der Auseinandersetzung zur Zeit wäre.

Daß die Sowjetregierung den Wetterdienst auszudehnen, wendete der Postverwaltung erheblich beschäftigt, wenn die Frage der Auseinandersetzung zur Zeit wäre.

Die Sowjetregierung hat die Entschädigung dafür erhöht werden. Ihre Verwaltung sei zwar an sich ehrenamtlich, der Durchschnittslohn von 116 Mark reiche aber seit langem nicht mehr für die Aufwendungen an. Seine Anfrage, ob nicht in Ausnahmefällen, wie das bereits vom Reichstag und Reichsrat vorgehenden, Beihilfen an Bürger über 21 Jahre gewährt werden können, wurde

Schnell und sicher

wirken Inserate in dem täglich in Stadt und Land in alle Häuser kommenden „Frankenberger Tageblatt“!

Der kluge Geschäftsmann nutzt das aus.

Was auch in früheren Zeiten als Heiligtum gehütet werden, und der wird dann zur Flamme austoben, wenn das Barometer völkischer Beziehungen wieder glänzter steht. Das mag möglich ist, trotz aller Torturen, beweisen uns unsere Kolonien ins Transvaal. Sie sind noch heute die unerschöpfliche Quelle deutscher Art, trotzdem bereits mehr als hundert Jahre seit ihrer Einwanderung dasengangen sind. Tatsache sind während des Krieges als Märtyrer des Deutschums zugrunde gegangen. Aber eine Anklage erhaben wir allgemein: Warum vergißt die Heimat so schnell ihre Söhne, die einst unter zwingenden Notwendigkeiten in die Fremde zogen? Warum ist ihr nach langer Zeit schon das Los voll gängig, wie das Schicksal irgendwelcher Fremder? — Man könnte diese bittere Anklage nicht als halluzinieren. Bisher hat Deutschland hier schwer gesündigt und in übergrößen Selbstgefühl es nicht für nötig erachtet, sich diese Tatsache als Verfechter des deutschen Gedankens in der Welt zu erhalten. Es hat sich damit um eines der wirtschaftlichsten Propagandamittel selbst herangetrieben. Die Schuld am schamhaften Verhalten mancher Auslanddeutscher war zweifellos die Schuld des Stammes selbst. Nur mehr beabsichtigt man, andere Wege zu gehen. Das ist begrüßenswert. Hoffentlich ist dieser Schritt nicht nur von der Not der Stunde dictiert und keine kurze Übergangserscheinung. Möchte sich doch die Erkenntnis immer weiter durchdringen: Die Auslanddeutschen sind in der Neuauflistung und Schaffung unseres Ansehens in der Welt ein überaus wichtiger Faktor. Darum gilt für alle Zukunft das Wort: Treue um Treue!